
Europa in Ordnung bringen

Über die notwendige Renaissance der Ordnungspolitik und die Perspektive einer Ökosozialen Marktwirtschaft in Europa

Harald Mahrer

Europa steht vor enormen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Traditionellen europäischen Wohlfahrtsstaaten sind die Bestandsvoraussetzungen abhandengekommen. Ausgeglichene demografische Entwicklung, verlässliches Wirtschaftswachstum, vergleichsweise gemäßigte Ansprüche an staatliche Leistungen: All das gehört der Vergangenheit an. Globale Ressourcen- und Energiefragen sowie wirtschaftliche und soziale Verwerfungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Problematik zugespitzt und verschärft. Politik in Europa reagiert auf diese Herausforderungen mit herkömmlichen Reflexen: Unhaltbare Positionen werden weiter verteidigt, Zickzackkurse sollen alle Interessengruppen zufriedenstellen, Problemlösungen werden in die Zukunft verschoben, der Staat wird gemäß der vorherrschenden etatistischen Ideologie weiter als allmächtiger Akteur inszeniert, obwohl er das nicht ist.

Die Misere der europäischen Politik hat viele, öffentlich intensiv diskutierte Gründe. Geht es um Details, dann ist Europa nicht zu überbieten. Europa ist in der öffentlichen Wahrnehmung zur Regulierungsanstalt für Probleme verkommen, von denen wir gar nicht gewusst haben – und vielleicht auch nicht wissen wollen –, dass es sie gibt. Was schmerzlich fehlt, ist die europäische Perspektive. Warum eigentlich Europa? Auf diese Frage gibt es eine historische Begründung, aber keine in die Zukunft gerichtete Projektion. Dies hängt unserer Meinung nach nicht bloß mit mangelnder Visionskraft und Kreativität europäischer Politiker zusammen, wie dies vielfach kritisiert wird. Dies ist auch eine Frage mangelnder Ordnungspolitik in und für Europa.

Es wird oft übersehen, dass die Erfolgsgeschichte wirtschaftlich und sozial starker Staaten in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg auf einem klaren ordnungspolitischen Fundament aufgebaut war. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung brauchen einen klaren, visiblen und akzeptablen Werterahmen. In Staaten wie Deutschland und Österreich war dies das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, eine Synthese aus Ordoliberalismus und katholischer Soziallehre. Großbritannien ist einer liberalen Konzeption gefolgt. Das dritte Modell, der planwirtschaftliche Kollektivismus im Osten Europas, wurde von der

Sowjetunion vorgegeben und dominiert. Alle drei Konzeptionen waren identitätsstiftend für die institutionelle Entwicklung und den politischen „spirit“ im jeweiligen Land.

Für alle Konzeptionen gilt, dass sie im Lauf der Jahre und Jahrzehnte aus dem Ruder gelaufen sind – in die eine wie in die andere Richtung. Die Planwirtschaft in Osteuropa scheiterte spektakulär als ganzes Modell. Wo der Kollektivismus regierte, die Freiheit ausgeschaltet und die Mehrheit der Bevölkerung über zwei Generationen in Geiselschaft gehalten wurde, haben in Wirklichkeit Eigennutz, Personenkult und Kriminalität geherrscht. Die kontinentaleuropäische Soziale Marktwirtschaft, die sozialstaatlich verbürgte Solidarität durch die Mobilisierung wirtschaftlicher Leistungskraft ermöglichen will, hat der Entwicklung wirtschaftlicher Freiheit zu wenig Augenmerk geschenkt. Exzessiver Etatismus und Anspruchsdemokratie haben die real existierende Praxis der Sozialen Marktwirtschaft zunehmend geprägt und tun es auch heute noch in erheblichem Ausmaß. Das gefährdet jedoch die Bestandsvoraussetzungen des Modells massiv. In Großbritannien wiederum wurde die ordnungspolitische Konzeption ins andere Extrem verändert: Wo der reine Individualismus regierte, konnten meist nur Eliten die Früchte des Wachstums ernten. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wurde durch das Verlassen des ordnungspolitischen Pfads auf den Prüfstand gestellt.

Jede der drei Entwicklungen ist mit den Lehren aus der europäischen Ideengeschichte nicht kompatibel. Wir Menschen sind weder isolierte Individuen noch fremdbestimmte Objekte des Staats. Wir sind zur Freiheit, aber in Beziehungen hinein geboren. Wir sind soziale und individuelle Wesen. Wir brauchen daher für das produktive Zusammenleben eine ordnungspolitische Konzeption, die diesem Kern europäischer Identität gerecht wird. Der Staat muss statt Kollektivierung und Etatismus von oben freie, bürgergesellschaftliche Organisation von unten ermöglichen. Individuen müssen im Gegenzug anerkennen, dass gelebte Verantwortung der bessere Weg zur Befriedigung individueller Bedürfnisse ist statt ideologischer Individualismus. Nur wenn sich Individuen organisieren, können sie gemeinsam ihre

Ziele erreichen. Das ist letztlich Kern der Idee einer starken Bürgergesellschaft oder „Big Society“ – einer Gesellschaft von eigenverantwortlichen und nicht bevormundeten Bürgern als Trägern der gesellschaftlichen Ordnung.

Ordnungspolitik muss Ansätze und Strategien für ein entsprechendes Orientierungs- und Anreizsystem möglich machen. Ein wichtiger Treiber ist zweifellos die Wiederentdeckung und Neuinterpretation von Werten als soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur unserer Gesellschaft. Wir leben nicht im luft- und wertefreien Raum (zumal multi)kultureller Beliebigkeit. Werte leiten uns und unsere Entwicklung. Wir sollten sie daher weder verstecken noch abschwächen. Eine ordnungspolitische Konzeption ist notwendigerweise ein politisches und gesellschaftliches Wertegerüst. Dazu muss sich Europa offen bekennen.

Eine weitere Anforderung, die an eine zukunftstaugliche Ordnungspolitik für Europa zu stellen ist, ist die integrierte Betrachtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die längste Zeit wurde ignoriert, dass Wirtschafts- und Sozialsystem bloß zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Vereinfacht gesagt: Nur was vorher erwirtschaftet wurde, kann ge- oder verteilt werden. Ebenso gilt: Nur wenn in einer Gesellschaft größtmögliche Chancengerechtigkeit herrscht, kann breiter Wohlstand erzeugt werden. Hinzu kommt: Nur wenn die Zukunft eine ordnungspolitische Kategorie ist, die die Ökologie als Lebensgrundlage für alles begreift, können sich Wirtschafts- und Sozialsystem nachhaltig und stabil entwickeln.

Vor diesem Hintergrund plädieren wir für die Diskussion eines ordnungspolitischen Modells für Europa, das wenige, aber für Europa zutreffende Werte mit einem zukunftsorientierten Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft verbindet. Aus unserer Sicht ist dies das Modell einer ökosozialen europäischen Marktwirtschaft.

Freiheit ist und bleibt in einer solchen Konzeption der Grundwert und unverzichtbare Motor unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Freiheit ist die Basis für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wirtschaftliche Leistung ist die Grundlage für Solidarität in Form des Sozialstaates. Unser Ordnungsrahmen in Europa muss darauf ausgerichtet sein, größtmögliche Freiheit zuzulassen, statt sie durch Bürokratie zu regulieren und zu reduzieren. Bürokratischer EU-Absolutismus als Erbe nationalstaatlichen Etatismus schadet Europa und dem Europäischen Projekt. Europa muss wieder freiheitsverträglicher und freiheitsorientierter werden. Die Entfesselung ökonomischer Freiheit in und für Europa ist nicht nur eine Frage der Wettbewerbs- und Wohlstandsfähigkeit Europas, sondern auch eine Frage der Verantwortungskultur in Europa.

Verantwortung muss in drei Dimensionen Gegenstand der ordnungspolitischen Konzeption sein: in der individuellen, der gesellschaftlichen und der zukunftsorientierten Dimension.

Individuelle Verantwortung ist das Komplement zur individuellen Freiheit. Mit der Freiheit wächst auch die Verantwortung. Im Kontext der Wirtschafts- und Sozialordnung spielt die Verantwortung für Leistung eine zentrale Rolle. Die Ökosoziale Marktwirtschaft fördert nicht nur Leistung, sie fordert sie auch. Wo Leistung behindert oder abgelehnt wird, kann eine Gesellschaft nicht von den Früchten der Leistung profitieren. Das Ausmaß einzelner Sozialstaaten in Europa ist leistungsfeindlich. Wenn es sich nicht mehr lohnt, einer Arbeit nachzugehen, sind wir mit einem degenerierten Werte- und Anreizsystem konfrontiert. Ziel von Sozialpolitik kann nicht die Rundumversorgung von Personen in als defizitär betrachteten Lebenslagen in einem „Vollkaskostaat“ sein, sondern das Nutzen und Aktivieren ihrer Potenziale und Handlungsfähigkeiten. Dass Menschen eigenverantwortlich für ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft sorgen können, muss zentrales Ziel der Sozialpolitik sein. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist daher in der Praxis der Sozialpolitik wegweisend.

Parallel zum Wachsen der Ansprüche an den Sozialstaat ist Wachstumsfeindlichkeit in Europa populär geworden. Das ist ein Zeichen von Dekadenz und Ignoranz. Der gemeinsame Kuchen kann dank mehr Chancengerechtigkeit und Innovation weiterhin größer werden. Jeder ist in der Verantwortung, für sich zu sorgen und daher Leistung zu erbringen. Im Vergleich zu aufstrebenden Schwellenländern wird deutlich, dass es in Europa an Aufstiegswillen und an der Bereitschaft fehlt, sich durch Leistung weiterzuentwickeln.

Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind die Grundvoraussetzungen dafür, dass Verantwortung in Form sozialstaatlich verbürgter Solidarität möglich ist. Wo nichts oder zu wenig erwirtschaftet wird, gibt es auch nichts oder weniger zu verteilen. Solidarität ist ferner keine Einbahnstraße: Wer etwas von der Gemeinschaft erhält, muss auch zur Gegenleistung bereit sein. Dieser Grundsatz ist in zahlreichen Sozialsystemen in Europa nicht oder nicht ausreichend realisiert. Staatlich erbrachte Solidarleistungen sind aber nur eine Dimension von sozialer Verantwortung. Gerade im Bereich der sozialen Verantwortung ist eine starke Bürgergesellschaft oder „Big Society“ gefragt. Bürgergesellschaftliches Engagement oder die Entfesselung von Innovationskraft im Sozialbereich steht jedoch nicht auf dem Programm klassischer Sozialpolitik. „Social Entrepreneurship“ zur Lösung sozialer Herausforderungen steckt in den meisten Staaten noch nicht einmal in den Kinderschuhen. In

diesem Bereich hat das Vereinigte Königreich wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Soziale Verantwortung ist eine gemeinsame Aufgabe von Sozialstaat und Wohlfahrts-gesellschaft. Notwendig für die Bekämpfung von Armut ist es, den Betroffenen den Weg zu Eigentum und Unternehmertum zu ermöglichen. Auch hier ist gesellschaftliche Selbstorganisation der Schlüssel. Staatliche Ausgaben sollen auf regionaler Ebene in direkter Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden können, um gemeinsam von Kapitaleffekten profitieren zu können. So lassen sich verarmte oder strukturell benachteiligte lokale Gesellschaften und Ökonomien wieder stärken und aufbauen. Dies erfordert etwa Budgethoheit für kleine regionale Einheiten und eine Stärkung der Wirtschaft durch kleine Unternehmen und Unternehmensgründungen. Das europäische Prinzip der Subsidiarität ist mit Leben zu erfüllen.

Die dritte Verantwortungsdimension des ordnungspolitischen Konzepts der Ökosozialen Marktwirtschaft richtet sich in die Zukunft. Solidarität mit den künftigen Generationen und ihren Lebens- und Handlungsspielräumen im Sinn der Nachhaltigkeit muss ein Schlüsselwert sein. Eine nachhaltige Entwicklung wird nicht durch ein Maximum an Verboten, sondern durch die richtigen Anreize für nachhaltiges Verhalten gefördert. Hier hat Europa erheblichen Handlungsbedarf. Regulierungs- und Verbotspolitik im Umweltbereich schaden der Wirtschaftsregion Europa. Das Nachhaltigkeitsprinzip bezieht sich nicht nur auf den ökologischen Bereich, sondern auch auf die soziale Gerechtigkeit: Die Lebenschancen der künftigen Generationen dürfen weder durch Raubbau an natürlichen Ressourcen noch durch Staatsschulden beeinträchtigt werden. Wir finanzieren die immer unfinanzierbaren Transfers durch staatliche Schulden und nehmen damit den Bürgerinnen und Bürgern doppelt Zukunftschancen – auf individueller Ebene und auf der Ebene der Nationalstaaten bzw. auf gesamteuropäischer Ebene. Denn die am sozialen Umverteilungstropf des Wohlfahrtsstaates hängenden Bürger werden zu dauerhaft abhängigen Subjekten von heillos überschuldeten und am Gängelband internationaler

Gläubiger hängenden Staaten – beide ohne Handlungsspielräume für die Zukunft. Damit ist die staatlich garantierte Solidarität bereits heute weit über ihre natürliche Grenze ausgedehnt. Wo die Schulden für die nächste Generation anfangen, hört die Solidarität mit ihr auf. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die Verantwortungsdimension der Nachhaltigkeit integraler Teil europäischer Ordnungspolitik wird.

Die Sicherung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die Erhaltung des sozialen Friedens und der nachhaltige Schutz der Lebensgrundlagen bilden das „magische Dreieck“ des Modells der Ökosozialen Marktwirtschaft. Sie schafft das, was heute notwendig ist: die zukunftsorientierte Synthese zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie – und ein transparentes Wertesystem, das Europa wieder in Ordnung bringt.

Mit Blick auf die Zukunft heißt das für eine pro-europäische Partei: Eine derartige europapolitische Position nicht nur selbstbewusst programmatisch zu vertreten, sondern sowohl nach innen wie auch nach außen mutig und beharrlich den Diskurs suchend dafür zu werben – die Implementierung dieser Position in die politische Entscheidungsfindung von der lokalen bis zur supranationalen Ebene selbstverständlich inklusive. Unabhängig von Wahlen und unabhängig vom medialen Gegenwind.

Warum also Europa? Ganz einfach: Damit freie menschliche Entfaltung, sozialer Zusammenhalt und eine zukunftsverträgliche, nachhaltige Entwicklung eine sichere Zukunft haben.

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank demokratie.morgen und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.

Dieser Beitrag erscheint im September 2013 in der Ausgabe 04/2013 der Österreichischen Monatshefte.